

Die Arbeit

Das „Volkswort“ erscheint mit täglichen Beilagen. Die Beilagen „Arbeiterzeitung“ sowie „Volk u. Welt“ immerhin eingetragene Publikationen ist stets das wichtigste Organ der Arbeiterbewegung in der sozialistischen Bewegung der gesamten Arbeiterbewegung. Die Beilagen sind in allen größeren Städten Deutschlands zu beziehen. — Schriftleitung: Clara 42/44, Postfach 2 Treppen, Bernburger-Anlage 24/26, 7. Postk. Verlagsverteilung mittags von 12 bis 1 Uhr.

Sozialdemokratische Tageszeitung
für
Halle und den Regierungsbezirk Merseburg

Bezugsbedingungen der Tageszeitung beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr für Abnehmer 1,80 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt d. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk. bei direkter Einschaltung an den Verlag 2,80 Mk. Einzelverkaufspreis 10 Pf. im Abonnement und 50 Pf. im Retailverkauf. — Postfach 2 Treppen, Bernburger-Anlage 24/26, 7. Postk. Verlagsverteilung mittags von 12 bis 1 Uhr.

Die Koalitionsfrage auf dem Nationalkongress der französischen Sozialisten.

Heute Einigung auf eine gemeinsame Resolution?

Die Führer sprechen.

Grumbach, Auriol, Blum

Paris, 20. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Dienstag-Sitzung des Nationalkongresses in Lyon wurde um 10 Uhr vormittags mit der Fortsetzung der Debatte über die allgemeine Politik der Partei eröffnet. Der erste Redner, der Abgeordnete des Marine-Departements Deat, betrat die Aulenhalle, doch die Rede wurde ein halbes Stundchen lang unterbrochen, weil die Redner, welche dieses Programm aufstellen und dieses, wenn eine Einigung über besondere Reformen erzielt worden sei, den Parteien vorlegen müßte. Mit den Parteien, welche dieses Programm annehmen, würde eine politische Zusammenarbeit im Auge gefaßt werden. In den ersten 15 Minuten sprach Leon Blum über die von ihm und Brade eingebrachte Entschließung. Er erklärte an den Zusammenbruch des Kartells, kritisierte die bürokratischen Tendenzen der radikalsozialistischen Partei, die im Zusammengehen mit ihr immer unmöglich wurde. Auch eine Einheitsfront mit den Kommunisten, die eine Partei der Unordnung und Zersplitterung sei, werde nicht feindlich gegenüber. An Stelle der negativen und zersplitternden Arbeit der Kommunisten müßte ein aktives Wirken der Arbeiterklasse unter Leitung der sozialistischen Partei treten.

In der Abend-Sitzung, die um 4 Uhr begann, sprachen schließliche Delegierte der Provinzen, ohne aber größeren Interesse zu erwecken. Paris, 20. April. (Radiomelung.) Die Nachmittags-Sitzung des Kongresses wurde um 4 Uhr wieder aufgenommen. Der Delegierte des Elsaß, Grumbach, Anbänger der Einheitsfront, betonte nachdrücklich, daß in Europa die sozialistischen Parteien mit den bürgerlichen Parteien, soweit diese demokratisch wären, verknüpft werden. Dies sei zum Beispiel der Fall in Deutschland, in Schweden und in Belgien gewesen. Der Redner warnte den Kongress vor übertriebenem Skeptizismus dieser demokratischen bürgerlichen Parteien gegenüber. „Frage diese intelligenten Menschen“, rief er aus, „sich warum man die demokratische Front verloren hat, erkannte man, wieviel man verloren hat, aber dann ist es zu spät!“ Der frühere Abgeordnete Louquet betrat die Aulenhalle, doch es wurde um 10 Uhr die Sitzung unterbrochen, weil die Redner, welche dieses Programm aufstellen und dieses, wenn eine Einigung über besondere Reformen erzielt worden sei, den Parteien vorlegen müßte. Mit den Parteien, welche dieses Programm annehmen, würde eine politische Zusammenarbeit im Auge gefaßt werden. In den ersten 15 Minuten sprach Leon Blum über die von ihm und Brade eingebrachte Entschließung. Er erklärte an den Zusammenbruch des Kartells, kritisierte die bürokratischen Tendenzen der radikalsozialistischen Partei, die im Zusammengehen mit ihr immer unmöglich wurde. Auch eine Einheitsfront mit den Kommunisten, die eine Partei der Unordnung und Zersplitterung sei, werde nicht feindlich gegenüber. An Stelle der negativen und zersplitternden Arbeit der Kommunisten müßte ein aktives Wirken der Arbeiterklasse unter Leitung der sozialistischen Partei treten.

Ausdruck gegeben habe. Er wolle nur darauf hinweisen, daß die Fortsetzung einer Einheitsfront mit den Kommunisten Sceptizismus sei, da diese die sozialistische Einheitsfront zu zerschlagen beabsichtigt seien. Dann ergriff Leon Blum das Wort. Er erklärte, seine lange Rede halten zu wollen, da im großen und ganzen die Gedanken und verchiedenen Tendenzen bereits durch die Sprecher erschöpft worden seien. Er ist der Ansicht, daß auch die Frage des Sozialismus ebenfalls genügend erörtert worden sei. Eine Einheitsfront, deren Tätigkeit den Interessen der Arbeiter



Leon Blum. Grumbach.

Massen keine betrüge er. Aber in Übereinstimmung mit Resolution stelle er sich, daß eine Einheitsfront mit dem Bolschewismus den Interessen der Arbeiterklasse am besten und am nachhaltigsten sei. Aber auch den republikanischen Linksparteien gegenüber sei es der sozialistischen Partei unmöglich, eine endgültige und handige Stellung zu fixieren. Man müsse allen Möglichkeiten die Tür offen lassen. Blum schloß mit dem Hinweis, daß es möglich wäre, die Einheitsfront auf eine einzige Entschließung herzuführen, wenn der Kongress sich der von Auriol vertretenen Auffassung anschließen würde. Nach der Rede Blums wurde um 10 Uhr die Sitzung unterbrochen. Die politische Diskussion ist geschlossen. Die Resolutionen des Kongresses sind sofort angenommen, um zu verhindern, eine einheitliche Resolution aufzunehmen. Heute vormittag tritt der Parteitag wieder zusammen.

Übereinstimmung in der Rhein- und Saar-Frage.

Paris, 20. April. (Radiomelung.)

Auf einem am Dienstagmittag veranstalteten Kartell des Kongresses der Sozialistischen Partei in Lyon nahm u. a. auch der Delegierte des belgischen Reichstages, Reichssozialdemokrat Dr. Reichelich das Wort und führte aus, daß nach der Ansicht der belgischen Sozialdemokratie die Klärung des Rheinlandes und des Saargebietes unbedingt notwendig ist für die endgültige Wiederherstellung des Friedens. Nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und Verzicht auf die Befreiung eine Anomalie, die die Stellung des Nationalismus in Deutschland und die Gefahr für den Frieden.

In seiner Antwort auf diese Ausführungen erklärte Leon Blum, daß, was die Klärung des Saargebietes und die Klärung des Rheinlandes anbelangt, die französischen Sozialisten vollkommen die gleichen Ansichten haben wie die belgischen Sozialdemokraten. Auch sie wünschten, daß der Frieden nicht herbeigeführt werden könne ohne Regelung dieser beiden schwerwiegenden Fragen.

Iraten der anderen Nationen des polnischen Staates wollen die belgischen Sozialdemokraten auch mit den radikalen Bauernparteien der polnischen Linken zusammengehen.

Peris letzter Gang. Am Dienstagnachmittag wurde der in der vergangenen Woche verlorene Chefredakteur des „Robotnik“, Dr. Felix Berl, zu Grabe getragen. Beinahe 100 Arbeiter beteiligten den Trauerzug zum Friedhof, wo die Genossen Daninik, Wojner und andere den Bestattungsmann am offenen Grabe als Gründer der polnischen sozialdemokratischen Partei und Freiheitskämpfer für die Unabhängigkeit Polens feierten.

Der dem Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik beginnt am Donnerstag die Verhandlung über die Bekämpfung des Bundes „Witnia“ und des „Verens Clamira“ gegen das am 12. Mai 1926 vom preussischen Innenminister erlassene Verbot dieser beiden Organisationen. Nur die Verbotsurteile sind mehrere Tage angehängt.

Der Präsident der griechischen Republik hat dem Premierminister am Montag seine Demission überreicht. Auf Drängen des Ministers hat er sich aber schließlich bereit erklärt, sein Amt vorläufig noch weiter zu versehen.

Um Lohn- und Wirtschafts-führung.

Die deutsche Öffentlichkeit hat von der Rationalisierung vor allem eine günstige Auswirkung auf die Preisbildung und das Wohlfahrten erwartet. Das Gegenteil ist eingetreten. Neben dem mit aller Energie seit Monaten die Rationalisierung als nationale Angelegenheit durchgeführt haben, müssen wir Preissteigerungen auf allen Gebieten feststellen. Die deutsche Fertigungsindustrie ist keineswegs durch die Wirtschaftsumstellung in dem Maße gesteigert worden, wie man das annehmen konnte. Im Inland selbst werden wichtige Projekte, z. B. der Wohnungsbau, durch die kommende Eisenpreissteigerung und durch die fortwährend anwachsende Inflation, wenn nicht in Frage gestellt, so doch in ihrem Umfang erheblich eingeschränkt. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß die infolge kapitalistischer Einflüsse im letzten Jahrzehnt gänzlich lautierte Eisenindustrie sich über die dortige Arbeitsmarktlücke bei uns hinausfinden können.

Das Internerium hat natürlich auch diesmal die nötigen Entschuldigungen bei der Hand. Es behauptet, daß die Auswirkung der Rationalisierung auf den Preisstand und auf den Arbeitsmarkt durch die Lohnforderungen der Gewerkschaften gebremst und verzerrt wird. Selbst, jede Verbesserung im Betriebe — und sie ist im gegenwärtigen Stadium der Rationalisierung durchaus vermehrte Maschinenarbeit — wird neue Arbeitskräfte schaffen. Erst durch die verbilligte Erzeugung, den billigeren Preis und den vermehrten Verbrauch ergeben sich neue Arbeitsmöglichkeiten, so daß der durch vermehrte Maschinenarbeit festgestellte Zeit der Arbeitslosigkeit wiederum wieder in den Produktionsprozeß eingeschleust werden kann. Wenn die verbilligten Produktionskosten sich unmittelbar und ohne Vermittlung auf den Preisstand auswirken könnten, so müßte selbstverständlich eine Lohnherabsetzung das freie Spiel der Kräfte unterbrengen, dessen Ende, ohne diese Unterbrechung, die Entlassung des Arbeitsmarktes wäre. Von diesem Gesichtspunkt gehen die deutschen Unternehmer aus. Die Voraussetzungen dieser Verbilligung können aber nicht. Wir haben das freie Spiel der Kräfte fast längst nicht mehr, weil wir einen in Parteien, Syndikaten und Zirkeln organisierten Kapitalismus haben, der den Preisstand in Rücksicht auf die Profiteure und ohne Rücksicht auf die Gestaltung der Beschäftigten bestimmt. Ziel jeder Kartellpolitik ist eben, den Preis auf einer willkürlichen Höhe zu halten. In dem Maße, wie dieses Ziel erreicht wird, kann von einem Spiel der freien Kräfte gar nicht mehr die Rede sein.

Die Argumentation des Interneriums stimmt also nicht. Sie überläßt die wichtige Wandlung in der Natur des Kapitalismus im 20. Jahrhundert, nämlich den organisierten Kapitalismus und seine Auswirkung, den Kartellpolitikern. Betrachten wir einmal die Wege, die der Nationalisierungsvertrag nimmt, dann ist folgendes festzustellen: Das Reformieren der Kartellpolitik der Bevölkerung vermindert sich, da die nominellen Lohnforderungen nicht mit den Preissteigerungen Schritt halten. Daher steigt sich die Profiteure und das Gesamtvermögen des Produzenten und Händlerums in Deutschland. Diese Entwicklung führt also zu einer Dröpfung der Kaufkraft; sie bedingt jene Demungen der Rationalisierung auf Warenpreis und Arbeitsmarkt, worin man die Lohnforderungen der Gewerkschaften verantwortlich machen will. Zunächst dürfte sein, daß die Höhe der Profiteure in einem ganz bestimmten Verhältnis zu den Arbeitslosen stehen müßte; und wir die Kartellpolitik, die bei uns nicht ohne eine ganz radikale Senkung der Profiteure überwinden können.

Schon in Rücksicht auf die Querverteilung, die durch die Rationalisierung bzw. durch die Kartellpolitik des deutschen Interneriums dauern und dem Produktionsprozeß ausgeschaltet sind, wäre es Pflicht der Regierung, hier helfend eingzugreifen. Wir reden einer hilflosen Zerrümmerung der Kartelle und Zirkeln natürlich nicht das Wort, da wir in ihnen nur einen Ausdruck der gegenwärtigen grotesksten Entwicklung sehen. Vor allem eine Bekämpfung der Kartellpolitik. Hier hat die amtliche Kartellpolitik auf dem europäischen Weg von der Kartellüberordnung im Herbst 1923 bis zum Erlaß der Kartellsteuer, den man vornahm, ohne die notwendigen Garantien gegen Monopolisierung und Preisüberhöhung der Bevölkerung in der Hand zu haben, verjagt. Von der gegenwärtigen Regierung ist selbstverständlich keine Änderung zu erwarten.

Darans ergeben sich zwei wichtige Gesichtspunkte. Der eine gilt für das Problem der Kartellierung. Hier dürften geeignete Maßnahmen, wie das amerikanische Beispiel zeigt, vorzuziehen: schon aus dem Grunde, weil der Eingriff von außen erfolgte und sich in der inneren Struktur des organisierten Kapitalismus verorten muß. Wäre sein Lohn nur das Einwirken finanzieller Kontrolle in die modernen gewerkschaftlichen Kämpfe. Es handelt sich also im Grunde genommen um die alte Frage Brivatmittelschaft oder Gemeinmittelschaft, aber, anders gesagt, um die Entschleunigung, ob sich die Wirtschaftsführung nach der Höhe der Profiteure oder nach den Gesamtinteressen eines Volkes orientiert. Der zweite Gesichtspunkt geht die deutsche Rationalisierung an. Wir haben gesehen, daß die verminderten Auswirkungen der Rationalisierung auf Kaufkraft und Arbeitsmarkt durch den willkürlichen Preis, die größte Profiteure, gebremst

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Polens.

Breslau, 19. April. (Radiomelung.)

In der Nacht auf den 19. April wurde der deutsche Sozialdemokrat in Polen fertig. Er beschäftigte sich vor allem mit der Frage der organisatorischen Einigung zwischen der deutschen Sozialdemokratie Ober-Schlesiens und den deutschen Sozialdemokraten in Polen und den übrigen deutsch beherrschten Bezirken Polens. Ein einmütiger Beschluß über den Sitz des Parteiverbandes der gemeinsamen Organisation konnte noch nicht gefaßt werden, sondern bleibt einem zukünftigen Einigungsparteitag vorbehalten. Für politische Lage in Polen wurde eine Entschließung angenommen, die die offizielle Stellung der deutschen Sozialdemokratie gegen die gegenwärtige polnische Regierung begründet und für diese Opposition die Zusammenarbeit mit den neuen Sozialisten und allen sonstigen Parteien Polens als notwendig und notwendig für die politischen Forderungen wurde. Vor allem die Forderung der sozialpolitischen Vertretung der Erleichterung der nationalen Unabhängigkeit und der Abschluß von Handelsverträgen mit den Nachbarstaaten Polens aufgestellt. Außer mit den Sozialdemokraten

